

Oskar Weggel

Chaos, Ratlosigkeit und Angst vor Präzedenzwirkungen

– Chinas Haltung im Kosovo-Konflikt –

Gliederung

- 1 Befund
- 1.1 Die ethnische Situation Jugoslawiens aus chinesischer Sicht
- 1.2 Die schrittweise Auflösung Jugoslawiens
- 1.3 Das Dayton-Abkommen zur Lösung der Bosnien-Frage
- 2 Was tun?
- 2.1 Gegen militärische Lösungen
- 2.2 Verhandeln – doch in welche Richtung?
- 2.2.1 Option Nr.1: In Richtung „Dayton“?
- 2.2.2 Option Nr.2: In Richtung Separatismus?
- 2.2.3 Option Nr.3: Beibehaltung des Status quo (ante)?
- 2.3 Nur noch Sackgassen?
- 3 Erneute Entfremdung zwischen China und dem Westen im Zeichen des Kosovo-Konflikts

1 Befund

Als ordnungs- und stabilitätsversessene Nation fühlt sich China mit Ländern wie Jugoslawien zwar einerseits in Sympathie verbunden, gleichzeitig aber auch hoffnungslos überfordert und überdies existenziell betroffen, weil die KPCh-Führung bei näherem Hinsehen viele Parallelen zur Minderheitensituation der VRCh erblicken kann – und deshalb am liebsten die Augen verschlüsse, sobald irgendwo Jugoslawien-Signale aufblinken.

1.1 Die ethnische Situation Jugoslawiens aus chinesischer Sicht

Seit die Bundesrepublik Jugoslawien zu Beginn der 90er Jahre – zehn Jahre nach dem Tod Titos und 45 Jahre nach Gründung der Föderation – damit begann, sich Stück für Stück aufzulösen, begann auch die VR China, die diesen Prozeß bedauerte, der ethnischen Situation des Landes verstärkt Aufmerksamkeit zuzuwenden. Systematisch geschah dies in einer Analyse von Jing Gu vom „Chinesischen Institut für Internationale Beziehungen“, dem Hauptberater des Außenministeriums, aus dem Jahr 1993. In wohlthuender Nüchternheit wurden dort einige Fakten und Tendenzen aufgezählt, die hier stichwortartig wiedergegeben seien: Das Jugoslawien Titos war ein Land mit über 20 Nationalitäten, unter denen die Slawen die Mehr-

heit stellten. Seine Bevölkerung von 23,5 Mio. Menschen setzte sich aus acht Hauptnationalitäten zusammen, von denen jede über eine halbe Million Menschen zählte (darunter die Serben mit 34,8%, die Kroaten mit 18,9%, die Muslime mit 10,1%, die Slowenen mit 7,5%, die Mazedonier mit 6%, die Montenegriner mit 2,6%, die Albaner mit 9,3% und die Ungarn mit 1,9%). 88% der jugoslawischen Gesamtbevölkerung bestanden aus Nationalitäten slawischer Prägung, 12% aus Nicht-Slawen.

Drei Hauptmerkmale seien für die 1.300jährige Geschichte der jugoslawischen Nationalitäten kennzeichnend gewesen, nämlich (1) fortgesetzte ausländische Oberherrschaft von seiten der Byzantiner, der Venezianer und der Türken. Ein selbständiger jugoslawischer Staat wurde zuerst 1918 errichtet und dann, in einem zweiten Anlauf, erneut nach dem Zweiten Weltkrieg, d.h. 1945 begründet, diesmal unter Bezeichnungen wie „Zweites Jugoslawien“ oder aber „Sozialistische Föderale Republik Jugoslawien“. (2) Führend unter den Völkerschaften Jugoslawiens waren fast immer die Serben. Sie hatten bereits im 7. Jh. ihren eigenen Staat errichtet, waren dann aber immer wieder unterworfen worden, u.a. nach der Schlacht auf dem Amsfeld von 1389 durch die osmanischen Türken. 1830 hatte das Ottomane Reich die Selbständigkeit der Serben zwar offiziell anerkannt, aber auch danach immer wieder nach der Vormacht in dem 1882 gegründeten Königreich Serbien gegriffen – mit der Folge, daß die Türkei und mit ihr der Islam schlechthin den Serben schon bald als Todfeinde galten. Erst im Gefolge des Ersten Weltkrieges gelang es den mit den Westalliierten verbündeten Serben, andere jugoslawische Völkerschaften, vor allem Kroaten und Slowenen, zu vereinen und sie den großserbischen Ambitionen Belgrads gefügig zu machen. (3) Stets war dieses im Gefolge des Ersten Weltkrieges zusammengeschusterte Jugoslawien von zentrifugalen Tendenzen und von ethnischen Spannungen bedroht, die auch unter der Herrschaft des Kroaten Tito nach dem Zweiten Weltkrieg kaum kaschiert – und schon gar nicht beseitigt – werden konnten.

Der Staat Titos, der 1945 neu entstand, habe von Anfang an unter schweren Zerreißproben gelitten: Da war erstens eine kräftige Tendenz zur Aufsplitterung, zweitens ein Vetorecht der acht Hauptnationalitäten gegen Beschlüsse, die ihnen nicht zusagten (Jing Gu spricht in diesem Zusammenhang von „Ultrademokratisierung“ und einem „Mangel an Zentralismus und Einigkeit“), und drittens eine starke Dezentralisierung der Funktionen (mit Ausnahme der Nationalen Verteidigung, der Außenpolitik und der Außenwirtschaftspolitik). Dezentralisierungserscheinungen gab es sogar innerhalb der Kommunistischen Partei.

Solange Tito lebte, habe dieses in sich zerrissene Gebilde aber noch einigermaßen zusammengehalten werden können. Nach seinem Tode jedoch sei es zu galoppierenden Auflösungserscheinungen und zur Aushöhlung des Föderationsgedankens gekommen. Dies drückte sich u.a. darin aus, daß Milosevic 1990 einseitig die Autonomie des Kosovo aufhob.

1.2 Die schrittweise Auflösung Jugoslawiens

Der endgültige Zerfall der Föderation begann 1991, als

der 2-Mio.-Staat der Slowenen sich von der Bundesrepublik lossagte und eine eigene Republik mit Hauptstadt in Ljubljana (Laibach) begründete.

Nach blutigen Bürgerkriegsauseinandersetzungen erklärte auch Kroatien seinen Austritt und proklamierte sich 1991 als „Republik Kroatien“ mit der Hauptstadt Zagreb (5 Mio. Einwohner).

Im gleichen Jahr sagte sich auch der 2-Mio.-Staat Mazedonien (mit der Hauptstadt Skopje) los und erklärte sich zur selbständigen Republik.

Bosnien-Herzegowina (4,5 Mio. Einwohner, Hauptstadt Sarajevo) wurde 1995 – nach den bisher blutigsten Bürgerkriegsauseinandersetzungen innerhalb der Grenzen des alten Jugoslawien – als Republik ausgerufen. Dies geschah im Anschluß an Bombardements der NATO Anfang September 1995, die schon seinerzeit von China scharf mißbilligt wurden, sowie im Gefolge des daraufhin in Dayton (USA) ausgehandelten und am 14.12.1995 unterzeichneten Friedensvertrags, der säuerlichen Beifall auch von seiten der VR China erhielt, ohne daß die VRCh allerdings diesmal – im Gegensatz zu ihrer Politik gegenüber dem Kambodscha der Jahre 1992/93 – bereit gewesen wäre, Blauhelm-Einheiten zu stellen, die damals in dem südostasiatischen Land bekanntlich friedenserhaltende Maßnahmen durchzuführen und vor allem Wahlen vorzubereiten hatten.¹

1.3

Das Dayton-Abkommen zur Lösung der Bosnien-Frage

Kernpunkt des Abkommens von Dayton war die politische Vereinbarung, derzufolge Bosnien zwar „getrennt, aber nicht geteilt“, d.h. als einheitlicher Staat in den bestehenden Grenzen fortexistieren sollte – mit Sarajevo als ungeteilter Hauptstadt. Das Staatsgebiet wurde unterteilt in die Gebietseinheiten der muslimisch-kroatischen Föderation (auf 51% des Territoriums) und der Serbischen Republik Bosnien (49%).

Außerdem erhielt Bosnien ein direkt gewähltes Parlament, eine neunköpfige Präsidentschaft mit jeweils drei Serben, Kroaten und Muslimen bei rotierendem Vorsitz, eine Regierung zuständig für die Außen-, die Außenhandels-, die Finanz- und die Flüchtlingspolitik, ein Verfassungsgericht, eine Zentralbank und eine einheitliche Währung.

Im militärischen Bereich wurden die bisherigen Bürgerkriegstruppen entwaffnet und an ihre Stelle eine „Implementation Force“ (IFOR) gesetzt, die als Friedenstruppe unter NATO-Kommando die Einhaltung des Abkommens zu überwachen hatte. Die NATO-IFOR trat hier m.a.W. an die Stelle der früheren UNO-Schutztruppen (UNPROFOR), die ihre Schutzpflichten nur mangelhaft ausgeübt hatten und beispielsweise in Srebrenica das Massaker durch serbische Soldateska an der muslimischen Bevölkerung nicht hatten verhindern können. Die mit schweren Waffen ausgerüsteten und schlagkräftigeren IFOR-Soldaten haben völlige Bewegungsfreiheit im früheren Kriegsgebiet und dürfen sich bei Angriffen verteidigen. Außerdem wurden sämtliche Kriegsgefangene bis zum 19.1.96 entlassen.

Offen bleibt die Frage, warum China sich weigerte, an der UNPROFOR teilzunehmen. Hatte es Angst, hier gegen sein eigenes Gebot der Nichteinmischung zu verstoßen?

Durch seine Nichtbeteiligung an der UNPROFOR verlor es aber auch die Möglichkeit, die IFOR zu verhindern – zumindest hätte es hierfür keine glaubhaften Argumente vorbringen können!

Zähneknirschend enthielt es sich auch eines Vetos gegen die Zulassung der neuen Republiken Slowenien, Kroatien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zur UNO, die am 22. Mai 1992 von der Generalversammlung abgesegnet wurde.

2

Was tun?

2.1

Gegen militärische Lösungen

Militärisches Vorgehen in der Kosovo-Frage wird von China strikt abgelehnt und verurteilt; Beijing hat an dieser Grundeinstellung schon im Zusammenhang mit Bosnien nie die geringsten Zweifel aufkommen lassen. Die Gründe für die ablehnende Haltung sind dreifacher Art:

Da ist zum einen ein langes, ja sentimentales Verhältnis zu Jugoslawien, vor allem aber zum einstigen Marschall Tito, der zwar zwei Jahrzehnte lang auch in Beijing als Revisionist und Verräter gebrandmarkt, dann aber um so stürmischer umarmt worden war, und zwar im Zeichen der gemeinsamen Antihegemoniepolitik gegen die damalige UdSSR.² Diese Sympathie hat sich auch auf Milosevic weitervererbt, der nach der Hinrichtung des chinesischen Busenfreundes Ceausescu im Jahre 1989 einer der wenigen „sozialistischen“ Erinnerungsposten aus vergangenen Zeiten geblieben ist.

Der zweite Grund besteht darin, daß China – „belehrt“ durch 100 Jahre „Halbkolonialismus“ – prinzipiell gegen jede Form von Souveränitätsverletzung und „Einmischung in innere Angelegenheiten“ eintritt, vor allem gegen militärische Übergriffe.

Bereits bei einer Pressekonferenz am 16. Juni 1998 hatte der Sprecher des Außenministeriums auf die Frage, wie China zu einer militärischen Intervention in Jugoslawien stehe, folgendermaßen geantwortet: „Wir unterstützen die betroffenen Parteien in Jugoslawien bei der Regelung ihrer Angelegenheiten durch politische Verhandlungen. Wir sind der Ansicht, daß die Souveränität und territoriale Integrität Jugoslawiens respektiert werden sollten. Eine ... Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes ist zu vermeiden. China wendet sich vor allem gegen eine militärische Einmischung im Kosovo.“³

„Kosovo ist kein Kuwait“, obwohl beide Gebiete das „K“ gemeinsam hätten, heißt es in einem Kommentar.⁴ Kuwait, das 1990 vom Irak überfallen wurde, sei ein unabhängiger souveräner Staat, während es sich beim Kosovo lediglich um die Provinz eines souveränen Staates, nämlich Jugoslawiens, handle. Die damalige Invasion in Kuwait habe demnach zu den internationalen Konflik-

²Zu dieser Entwicklung und zum Staatsbesuch Titos im Jahre 1977 vergl. C.a., 1994/2, S.142.

³Dazu C.a., 1998/6, Ü 3.

⁴BRu, 1999/13, S.4f.

¹Vergl. hierzu C.a., 1995/9, Ü 8.

ten gehört, während die Kosovo-Frage ausschließlich eine Angelegenheit der Jugoslawischen Bundesrepublik sei. Eine Unterzeichnung des Rambouillet-Abkommens, das die Präsenz ausländischer militärischer Kräfte als oberste Kontrollinstanz zuläßt, hätte sich auf keinen Fall mit der Souveränität Jugoslawiens vereinbaren lassen.

Die NATO habe kein Recht, hier als Schiedsrichter aufzutreten. Sie sei ein militärischer Block, der weder an die Stelle der UNO noch an die Stelle der internationalen Gemeinschaft treten könne. Gleichwohl spiele sie sich zunehmend als internationaler Richter und Polizist auf und beanspruche das Recht auf militärische Maßnahmen gegen einen souveränen Staat. Zwar hofften die Albaner im Kosovo, daß die NATO ihre Truppen in ihre Provinz entsende; doch brauche man keine besonderen völkerrechtlichen Kenntnisse, um zu wissen, daß nur die Zentralregierung eines Staates, nämlich Belgrad, das Recht besitze, ausländischen Truppen den Einmarsch zu erlauben.

Wenn der Balkan seit langem als „Pulverfaß“ gelte, so sei dieser Zustand auf äußere und nicht etwa auf innere Gründe zurückzuführen. Seit langer Zeit hätten fast alle europäischen Mächte auf dem Balkan ihre Hände im Spiel gehabt. Die balkanischen Staaten seien nichts anderes als Figuren auf dem Schachbrett der Großmächte gewesen. Die Großmächte seien – so geht diese Argumentation weiter – „nicht nur die Unruhestifter in diesem Gebiet, sondern auch dessen Hauptnutznießer“, die balkanischen Nationen und Staaten aber die Hauptopfer gewesen. Bis auf den heutigen Tag litten die balkanischen, besonders aber die ex-jugoslawischen Völker unter dem Leid, das „ihnen die Geschichte zugefügt hat“.

Die NATO begehe einen großen Fehler, wenn sie die „Jugoslawische Föderation“ bombardiere; zum einen fehle es dafür, wie gesagt, an jeglicher juristischer Grundlage, zum anderen aber werde sie am Ende doch nur „Gesicht verlieren“. Nicht zuletzt aber verliere sie ein für alle Mal die Chance, dort als „Vermittler“ aufzutreten.

Daß Westeuropa hier vor der Abwägung stand, was schwerer wiege, nämlich das Fehlen einer formaljuristischen Grundlage oder aber die Zulassung eines Genozids – dies ist eine Überlegung, die dem Schreiber solcher Zeilen offensichtlich nie in den Sinn gekommen wäre.

Vor dem Hintergrund des NATO-Einsatzes in Jugoslawien hat denn auch der deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping eine Debatte über das Vetorecht im UNO-Sicherheitsrat angeregt, das von Rußland und von China so sehr mißbraucht worden sei. Scharping stellte die rhetorische Frage, ob man sich das Vetorecht angesichts solcher Mitentscheidungssträger auf die Dauer überhaupt noch leisten könne. Ganz gewiß sei es nicht zu rechtfertigen, daß z.B. China, nur um seine Tibet-Politik durchzupeitschen, überall in der Welt ethnisch begründeten Völkermord akzeptiere, sobald dieser *innerhalb* eines Staates stattfinde.

China und Rußland hatten im UNO-Sicherheitsrat bekanntlich gegen ein UNO-Mandat für den NATO-Einsatz in Jugoslawien gestimmt. Auch andere Abgeordnete des Deutschen Bundestags hatten China und Rußland vorgeworfen, ihr Vetorecht im UNO-Sicherheitsrat bei der Entscheidung über den Einsatz gegen Jugoslawien miß-

braucht zu haben: Beide Staaten hätten aus sachfremden Überlegungen gehandelt!⁵

Ein drittes Anti-Interventionsmotiv, das nicht nur den Verstand, sondern auch die Emotionen anspricht, hängt mit zwei Nachbarn des Kosovo zusammen, nämlich mit Mazedonien und mit Albanien:

- Mazedonien hat die VR China, wie berichtet,⁶ dadurch in Wallung gebracht, daß es am 27. Januar 1999 diplomatische Beziehungen mit Taiwan aufnahm. Beijing war darüber so erbost, daß es gegen eine Verlängerung des Mandats der UNPREDEF (United Nations Preventive Deployment Force) in Mazedonien um weitere sechs Monate sein Veto einlegte – eine Maßnahme, die von den meisten Beobachtern als kleinkariert und als schlechter Stil verurteilt wurde.⁷ Offensichtlich empfindet die VRCh tiefes Behagen, ja Schadenfreude, wenn sie beobachten kann, wie Mazedonien angesichts des Flüchtlingsstroms aus dem Kosovo immer mehr destabilisiert wird und außer Tritt gerät.
- Auf der anderen Seite ist da aber auch noch Albanien, das bekanntlich vor allem im Zeitalter des Spätmaoismus, d.h. in den frühen 70er Jahren, der einzige den Chinesen damals noch verbliebene außenpolitische Freund gewesen war. Obwohl dieses Sonderverhältnis seit der Wiederversöhnung Chinas mit Jugoslawien (1977), vor allem aber seit dem Beginn der Reformen der Vergangenheit angehört, fühlt sich Beijing dem Land der Skipetaren gegenüber immer noch verpflichtet – kann also keineswegs daran interessiert sein, daß Albanien im Zuge der Vertreibungspolitik Milosevics destabilisiert wird.

Militärisches Eingreifen der NATO aber würde, wie Beijing schon lange vor dem Beginn des Bombardements befürchtet hatte, Fluchtbewegungen (besser: Vertreibungen) in Richtung Albanien erst so richtig anheizen.

Die VR China zeigt sich hier übrigens nach wie vor auf einem Auge blind, insofern sie dazu neigt, als Hauptursache für die „Flucht“ der Kosovaren die NATO-Angriffe hinzustellen. Daß die Serben ihre Vertreibungspolitik bereits im Januar 1999, also lange vor dem Einsetzen des Bombardements, begonnen hatten, wird in den chinesischen Verlautbarungen geflissentlich ausgeblendet.

Alle Warnungen Chinas nützten freilich nichts: Am 24. März 1999 nämlich begannen militärische Aktionen der NATO gegen Jugoslawien, nachdem die Verhandlungen über die Kosovo-Frage gescheitert waren und Belgrad sich vor allem geweigert hatte, den Vertrag von Rambouillet zu unterzeichnen.

Der Militärschlag überraschte zwei chinesische Spitzenpolitiker inmitten von Staatsbesuchen. Jiang Zemin erklärte von Mailand aus, daß er die NATO-Intervention entschieden verurteile, und auch Außenminister Tang Jiaxuan sprach sich von seinem Aufenthaltsort in Oslo her scharf gegen das Vorgehen aus. Der Einsatz von Gewalt gegen Jugoslawien werde „schwerwiegende Konsequenzen“ nach sich ziehen, zumal er „ohne Ermächtigung

⁵NZZ, 26.3.99.

⁶C.a. 1999/1, Ü 2.

⁷Dazu C.a., 1999/2, Ü 4.

durch den UNO-Sicherheitsrat“ erfolgt sei.⁸ Die *Beijinger Volkszeitung*⁹ verurteilte den Angriff als eine „barbarische Aktion“ und als höchst gefährlichen Umgang mit dem „Pulverfaß Balkan“. Von Bern aus forderte Jiang Zemin die sofortige Einstellung der Luftschläge. Nur friedliche Verhandlungen könnten zu einem leidlichen Ergebnis führen.¹⁰

Auch bei seiner Rede vor dem Abrüstungsausschuß der UNO in Genf am 26. März wies Jiang auf die Unverzichtbarkeit politischer Lösungen hin.¹¹

Im gleichen Sinn argumentierte auch Ministerpräsident Zhu Rongji.¹² Wiederholte Male wurde auch das Bemühen Rußlands um eine Lösung der Kosovo-Frage gewürdigt.¹³

Auch die Hongkonger Presse, allen voran *Wen Wei Po* und *Dagongbao*, argumentierte ganz auf der Beijinger Linie.¹⁴

2.2

Verhandeln – doch in welche Richtung?

Die Linie der VR China hat bisher noch bei jedem Akt des jugoslawischen Auflösungsdramas darin bestanden, daß sie zur „Lösung mit friedlichen Mitteln“ aufrief.¹⁵ Verhandeln freilich vorüber, nachdem sich die Kosovo-Gespräche mit dem Westen monatelang in eine Sackgasse verrannt hatten – und den westlichen Verhandlungspartnern überdies der Präzedenzfall Bosnien mit all seinen katastrophalen Auswirkungen stets vor Augen stand?

Theoretisch zeichnen sich drei Verhandlungsoptionen ab – „Dayton“, Abtrennung des Kosovo oder Beibehaltung des Status quo (ante).

2.2.1

Option Nr.1: In Richtung „Dayton“?

Keine Stellungnahme gibt es von seiten Beijings, ob die Grundelemente des oben skizzierten Abkommens von Dayton auch auf den Kosovo übertragen werden sollen. Die damaligen Abmachungen waren ja integrierende Bestandteile auch des in Rambouillet ausgehandelten, dann allerdings nur von den Kosovo-Albanern unterzeichneten Vertrags gewesen – also Beibehaltung der politischen Einheit und Entsendung von IFOR (diesmal „SFOR“: Security Forces)-Truppen. Allerdings tauchte in Rambouillet noch ein wesentlicher Unterschied zum Dayton-Abkommen auf, nämlich die fortdauernde Zugehörigkeit des Kosovo zur Bundesrepublik Jugoslawien (unter Wiederherstellung der alten Autonomie allerdings!).

Damit aber erhält (besser: erhielt) die rhetorische Frage von Xinhua¹⁶ einen Sinn, ob die NATO eigentlich bedacht habe, daß ihre Forderung, „Friedenserhaltungs-, in Wirklichkeit aber Okkupationstruppen“ in den Kosovo zu entsenden, für Belgrad a priori unannehmbar gewesen sein müsse? Sei es wirklich so verwunderlich, daß die jugoslawi-

sche Führung solchen Forderungen nicht habe stattgeben können?

Mittlerweile hat diese Frage ihre Berechtigung längst verloren, da im Gefolge der Genozid- und Vertreibungspolitik der Serben vor und nach (Beginn) der NATO-Bombardierung eine fortdauernde Zugehörigkeit des Kosovo zu Jugoslawien nur noch schwer vorstellbar ist. Damit aber kommt eine weitere Variante ins Spiel:

2.2.2

Option Nr.2: In Richtung Separatismus?

In Kommentaren der VR China taucht schon seit langem die Warnung vor einer Abspaltung des Kosovo von Jugoslawien auf – zuletzt wieder in einem Beitrag der RMRB vom 25.3.99. Dem Kommentator muß dabei der Text des Rambouillet-Abkommens unbekannt gewesen sein, sonst hätte er wissen müssen, daß dort ausdrücklich nicht von Sezession, sondern von einer Autonomie des Kosovo innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien die Rede war!

Abspaltungslösungen führten, läßt sich der RMRB-Kommentar weiter vernehmen, unvermeidlich ins Chaos. Gegenwärtig gebe es auf der Welt „mehr als 2.500 nationale Minderheiten“, die alle in der einen oder anderen Form Selbständigkeit begehrten. Würde ihren Wünschen nachgegeben, führte dies zu einer Unordnung ohnegleichen. Schon aus diesem Grunde müsse es den einzelnen Nationalregierungen überlassen bleiben, wie sie mit dem Minoritätenproblem umgingen. Eine Abspaltung, wie sie die NATO betreibe, führe jedenfalls aufs Glatteis.

Bis zum Ende der Rambouillet-Verhandlungen war eine Abspaltung in der Tat nicht vorgesehen gewesen; seit jedoch die systematische Vertreibung der Kosovaren eingesetzt hat, kommt eine Koexistenz des Kosovo mit Jugoslawien wohl kaum noch in Frage, es sei denn, die Milosevic-Führung ließe sich am Ende doch noch auf die drei Grundvorstellungen sowohl der Kosovo-Bevölkerung als auch der NATO ein, die sich schlagwortartig folgendermaßen formulieren lassen: jugoslawisches Militär raus aus Kosovo, SFOR-Truppen rein und Kosovaren zurück.

2.2.3

Option Nr.3: Beibehaltung des Status quo (ante)?

Wie man die chinesischen Erklärungen auch immer dreht und wendet – am Schluß kommt man zu dem Ergebnis, daß Beijing – wenn dies auch nicht klar und deutlich ausgesprochen wird – die Beibehaltung des Status quo wünscht, obwohl für eine solche Lösung mittlerweile längst die Grundlagen entfallen sind und allenfalls noch eine Wiederherstellung des Status quo ante, d.h. des Zustands vor Januar 1999, in Betracht käme.

Vorstellungen dieser Art diskreditieren sich von selbst, wenn man sie in eine unmißverständliche Frage kleidet: Ist ein weiteres Zusammenleben von 90% Albanern mit 10% Serben vorstellbar? So gestellt, läßt die Frage sogleich erkennen, daß sie ihren „Grund“ – im ursprünglichen Sinn des Wortes – längst verloren hat; ist doch im Zuge der Vertreibungspolitik Belgrads mittlerweile fast kein Stein mehr auf dem anderen geblieben.

Zentralstaatlichkeit wäre ohnehin nicht mehr möglich gewesen, Autonomie des Kosovo innerhalb der BRJ aber hat sich nach dem genozid-ähnlichen Vorgehen der serbi-

⁸XNA, 26.3.99.

⁹RMRB, 25.3.99.

¹⁰XNA, 27.3.99.

¹¹XNA, 28.3.99.

¹²XNA, 30.3.99.

¹³XNA, 31.3.99.

¹⁴*Wen Wei Po*, in SWB, 26.3.99; BDGB, 30.3.99.

¹⁵Zu den Reisen der chinesischen Politiker in diesem Zusammenhang vergl. u.a. C.a., 1994/2, S.143.

¹⁶XNA, in SWB, 29.3.99.

schen „Sonderpolizei“ gegen die kosovarische Bevölkerung ad absurdum geführt.

Ob Beijing wohl in der Lage ist, über den eigenen Schatten zu springen und einzugestehen, daß es sich in den Absichten Milosevics geirrt hat und daß die neue Situation auch Anlaß für neue Bewertungen sein muß – vor allem in prozessualer und in materialer Hinsicht?

– Prozessual: Keinen Ausweg mehr scheint beispielsweise eine Übertragung der chinesischen Irak-Politik auf Jugoslawien zu bieten. Um im Fall des Irak eine politische Lösung auf den Weg zu bringen, hatte die chinesische Diplomatie bekanntlich zwei Wege eingeschlagen, nämlich via UNO und via Arabische Liga:

Beim UNO-Sicherheitsrat hatte sie hierbei eine Resolution durchsetzen können, derzufolge drei Arbeitsausschüsse eingerichtet wurden: Der erste befaßte sich mit Abrüstungsmaßnahmen des Irak, der zweite mit humanitären Fragen und der dritte mit Fragen der Kriegsgefangenen aus dem Golfkrieg von 1991.

– Den zweiten Schritt unternahm Außenminister Tang Jiaxuan, indem er sich am 4. Januar 1999 mit der Arabischen Liga in Verbindung setzte und dort – in Kairo – gemeinsam mit dem Generalsekretär der Liga ein Memorandum über die Einrichtung eines „politischen Konsultationsmechanismus“ unterzeichnete (dazu C.a., 1999/1, Ü 3).

Ließe sich diese Doppelstrategie auch auf die Kosovo-Frage anwenden? Auch hier hat China ja von Anfang an die Einschaltung des UNO-Sicherheitsrats (und damit übrigens sein eigenes Mitwirkungsrecht) befürwortet – und könnte sich, analog zur Anrufung der Arabischen Liga, diesmal für eine Zuschaltung Rußlands erwärmen.

Wie aber, wenn die Milosevic-Führung sich erneut querlegt und eine UNO-Initiative ablehnt, wie es im Fall des Vermittlungsversuchs von Generalsekretär Kofi Annan am 17. April in der Tat ja bereits geschehen ist?

– Aber auch *inhaltlich* sind die neu entstandenen Dilemmata nur schwer aufzulösen: Eine Rückkehr der Kosovaren in ihre Heimat kommt für Belgrad ja offensichtlich auf keinen Fall mehr in Betracht. Blicke also nur die Billigung des *Fait accompli*, die als solche jedoch selbst für die VR China kaum diskutabel sein dürfte, da die systematische Vertreibung eines ganzen Volkes nicht nur gegen individuelle Menschenrechte, sondern darüber hinaus auch gegen die von Beijing so heilig gehaltenen *Sozialrechte* verstößt.

Zwar hatte Beijing schon lange vor dem Beginn der NATO-Bombardements die Hauptschuldigen an den Unruhen im Kosovo ausgemacht – und ihr Fehlverhalten vielleicht deshalb so nachdrücklich an den Pranger gestellt, weil es möglicherweise ahnte, zu welchen Mitteln Milosevic eines Tages greifen könnte – wörtl.: „Separatisten und Terroristen im Kosovo haben den internationalen Druck auf die Regierung Jugoslawiens ausgenutzt und in der Provinz bewaffnete Aufstände durchgeführt, wodurch sie die Gegend destabilisiert und den Prozeß der nationalen Versöhnung und der friedlichen Lösung beeinträchtigt sowie die Rückkehr der Flüchtlinge und die Arbeit der internationalen humanitären Organisationen behindert ha-

ben“, hieß es.¹⁷ Mit „Terroristen“ werden hier offensichtlich die UCK-Anhänger identifiziert.

Rechtfertig aber die Bekämpfung von „Terroristen“ bereits die Vertreibung eines ganzen Volkes, in dessen Namen die UCK ja auftritt?

Die chinesische Argumentation ist übrigens auch dadurch nicht glaubwürdiger geworden, daß ihre Verfechter offensichtlich nicht zur Kenntnis nahmen, daß die Kosovo-Albaner – immerhin 90% der Bewohner des Kosovo – nicht die Angreifer, sondern die Angegriffenen waren, die mit ihrem Widerstand gegen die Serben (10% der Einwohnerschaft) sowie die serbischen „Polizeikräfte“ lediglich Notwehr übten.

All dieser Evidenz zum Trotz behauptet Beijing in seinen offiziellen Verlautbarungen nach wie vor, daß die Vertreibungen auf das Konto der NATO gehen, daß die gewaltsam aus ihrer Heimat verjagten Kosovaren also nicht Vertriebene, sondern – wie Milosevic es ausdrückt – „Flüchtlinge“ seien.

Wie lange sich die VRCh-Propaganda eine solche Argumentationslinie wohl noch leisten kann!?

2.3

Nur noch Sackgassen?

Militärisches Vorgehen bringt nach chinesischer Auffassung also überhaupt keine Lösungen, doch scheinen auch Verhandlungen nicht sehr viel weiter zu führen, wie Beijing seit Beginn der 90er Jahre aus eigener Befassung mit dem leidigen Balkan-Problem hat erfahren müssen:

Selbst nach langen Gesprächen und nach der Ausrufung Kroatiens war es beispielsweise 1993 zu erneuten militärischen Auseinandersetzungen zwischen Kroaten und Serben gekommen. Schon vorher hatte Milosevic die Autonomie des Kosovo aufgehoben und damit dem radikalen Flügel der Kosovo-Albaner einen Anlaß geliefert, die „Republik Kosovo“ auszurufen – mit der Folge, daß die Serben wiederum an mehreren Stellen „sezessionistische“ Aufstände niederschlagen zu müssen glaubten – ein Vorgehen, das nunmehr Albanien auf den Plan rief und es zur Aufrüstung gegen mögliche Übergriffe Serbiens veranlaßte. Zusätzlich war es zu Spannungen zwischen Griechenland und Mazedonien gekommen, wobei Athen eine Blockade gegen den Hafen von Thessaloniki verhängte.

„Denk’ ich an den Balkan in der Nacht, so bin ich um meinen Schlaf gebracht“ – so etwa mag die chinesische Außenpolitik auf all diese verwirrenden und schwer begreifbaren Konflikte reagieren, die schon der K.u.K.-Monarchie ständiges Kopfzerbrechen bereitet hatten.

Nirgends zeichnet sich also Licht am Ende des Tunnels ab. Auch die VR China weiß keine Lösung und rekurriert angesichts dieser eigenen Hilflosigkeit auf zwei alte Hausmittel, indem sie einerseits – ohne konkrete eigene Vorschläge – zur Wiederaufnahme von Verhandlungen rät, als handle es sich hier um ein *L’art-pour-l’art*, indem sie andererseits aber auch alte „Antihegemonismus“-Argumente wieder hervorholt, ohne zur Kenntnis zu nehmen, daß die NATO diesmal nichts Geringeres bewirken wollte, als ein Genozid zu verhindern – und daß sie auf dieser Linie übrigens nicht nur Bomben wirft, sondern auch humanitäre Hilfe (in Albanien und in Mazedonien) leistet.

¹⁷XNA, 9.1.99.

Obwohl Beijing selbst nicht genau weiß, worüber eigentlich verhandelt werden sollte, glaubt es doch zu ahnen, wohin der Zug fährt, falls *keine* politische Lösung gefunden wird. Nach Xinhua gibt es für die NATO dann nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie führt ihre Bombardierungen unbeschränkt weiter, ohne ihre eigentlichen Ziele zu erreichen und verliert damit an Gesicht, oder aber sie läßt Bodentruppen aufmarschieren – und setzt sich damit der Gefahr eines langen Guerillakriegs aus. Habe man eigentlich vergessen, daß während des Zweiten Weltkriegs „mehrere Hunderttausend der deutschen faschistischen Truppen daran gescheitert sind, Serbien in die Knie zu zwingen?“ Nach der Schätzung westlicher Militärexperte seien mindestens 100-200.000 Mann erforderlich, um die jugoslawische Armee zu bezwingen, wobei ein solcher Einsatz übrigens die Gefahr eines langanhaltenden Kriegs heraufbeschwöre.

Je länger die NATO an ihrem „abenteuerlichen Kurs“ festhalte, desto mehr nähmen die Widersprüche in ihrer Politik zu. In Griechenland, Italien und Deutschland habe es bereits Demonstrationen gegen die NATO -Luftangriffe gegeben.¹⁸

3

Erneute Entfremdung zwischen China und dem Westen im Zeichen des Kosovo-Konflikts

„Kosovo“ hat mehrere bittere Wahrheiten ans Tageslicht gebracht, die eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen China und dem Westen nicht gerade beflügeln dürfen:

Da ist erstens die immer stärker ins öffentliche Bewußtsein (des Westens, aber auch der VRCh) rückende Wahrnehmung, daß Kosovo nicht nur in Europa liegt, sondern daß es auch in dem Territorium der VR China mehrere „Kosovos“ gibt, angefangen von Xinjiang bis hin zu Tibet.

Zweitens läßt der moralische Zeigefinger, den China im Zusammenhang mit der Kosovo-Frage mehrere Male erhoben hat, daran denken, daß Beijing allzu gern die Splitter im Auge des anderen entdeckt, nicht aber die Balken im eigenen: Keineswegs vergessen ist ja das Vorgehen der VBA -Bodentruppen gegen Vietnam vom 17. Februar bis 15. März 1979, die den Vietnamesen eine militärische „Lektion“ erteilen sollten, wobei sie sich allerdings selbst eine blutige Nase holten. Niemandem in Beijing wäre es damals eingefallen, sich für diesen „Straffeldzug“ eine Genehmigung bei der UNO zu holen. Der damalige, ohne jede Vorwarnung und ohne Selbstverteidigungsnot vom Zaun gebrochene Feldzug führte zur Eroberung vietnamesischer Gebiete, u.a. zur Besetzung der nordvietnamesischen Stadt Cao Bang, und hinterließ 70.000 Gefallene – 30.000 auf chinesischer und 40.000 auf vietnamesischer Seite.

Ganz im Gegensatz zu 1979 geht es 20 Jahre später nicht etwa nur ums „Gesicht“ oder eine „Lektion“, sondern um etwas viel Substantielleres, nämlich um Hilfen für das Überleben eines ganzen Volkes!

Drittens hat der Westen im Zusammenhang mit Kosovo erneut erfahren müssen, wie schwierig es ist, sich für die Politik der VR China zu erwärmen: Innenpolitisch wider-

spricht ihr Verhalten vielem, was westlichen Vorstellungen heilig – oder zumindest tabu – ist, angefangen vom Umgang mit den Menschenrechten bis hin zur Behandlung von Demokratie und Dissidententum.

„Kosovo“ hat dafür gesorgt, daß nun auch *außenpolitische* Reibungsflächen wieder stärker in Erinnerung gerufen werden, ob es nun um die einstigen Beziehungen Chinas zu Nordkorea und zu den Roten Khmer oder ob es um seine heutigen Beziehungen zu Myanmar, zum Irak sowie – eben! – um seine Haltung zu Jugoslawien und zum Kosovo-Konflikt geht.

¹⁸XNA, in SWB, 29.3.99.